

NEWSLETTER

Februar, 1/2016

Liebe Freund_innen,

auch im neuen Jahr führt die KuB ihr Engagement für Flüchtlinge und Migrant_innen auf vielfältige Art und Weise fort. Im vorderen Teil des Newsletters erfahrt ihr wieder einiges darüber.

Im zweiten Teil lest ihr einen offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin und die zuständigen Stellen. Geschrieben haben ihn zahlreiche Initiativen angesichts der mangelhaften Zustände bei der Versorgung von Flüchtlingen ([S. 5](#)). Außerdem findet ihr dort einen Spendenaufruf für das KuB-Projekt „Formulare verstehbar machen“ ([S. 8](#)).

// Nach einem turbulenten Ausklang mit einer **großen Soliparty im Gretchen** im Dezember 2015, befindet sich die **Fachgruppe Kommunifu** momentan in einer Phase des Umbruchs. Während sich manch etabliertes Mitglied zurückzieht oder kürzer tritt, können einige neue Gesichter begrüßt werden.

Eine Konstante in der Arbeit der Fachgruppe ist die **Küche für Alle (Küfa)**, die jeden dritten Mittwoch im Monat in der Gaststätte B-Lage in Neukölln stattfindet. Dort kocht die Kommunifu vegetarisch-veganes Essen gegen Spende. Außerdem steht die nächste große Soliparty ins

Haus: Am 2. April lädt die Kommunifu ins **Su-pamolly** zum Partyauftritt für 2016.

// Das **Projekt „Formulare verstehbar machen“** weitet nach und nach sein Angebot aus. Die Website gibt es nun auch in einer [englischen Version](#). Damit will das Projekt Flüchtlinge und Migrant_innen besser ansprechen.

Nach und nach stellt das Projekt nun auch zweisprachige Fassungen des **Antrags auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz / auf Sozialhilfe** zur Verfügung. Diese Übersetzungen dienen als Unterstützung im Antragsprozess, wenn dieser durch mangelnde Deutschkenntnisse erschwert wird.

Das Projekt „Formulare verstehbar machen“ finanziert sich allein aus [Spenden](#). Außerdem freut es sich über einen Besuch auf seiner [Facebook-Seite](#).

// **Studierende der SRH Hochschule der populären Künste** Berlin haben sich zusammengeschlossen und das Projekt [#songsforrefugees](#) ins Leben gerufen. Unter der Leitung des Studiengangs Musikproduktion entstand eine Compilation-CD, deren gesamter Verkaufserlös der KuB zugute kommt. Zahlreiche junge

Künstler_innen haben dafür ihre Songs zur Verfügung gestellt.

Im Dezember fand ein **Solidaritätskonzert** für die KuB im Kreuzberger **Lido** statt. Dieses hatten zivilgesellschaftlich Engagierte für uns organisiert. Dort traten Musiker_innen wie *Die höchste Eisenbahn*, *Dota* oder *Uta Köbernick* auf.

Auf dem Konzert kam **ein Besucher** an den Infostand der KuB und überreichte eine dreistellige Geldsumme. Diese hatte er bei seinem Geburtstag gesammelt.

Alle diese Initiativen, die unsere Einrichtung unterstützen, finden wir großartig. Die KuB sagt: „**vielen Dank!**“



Eine Betreuerin spricht mit den Kindern über ein Kunstwerk, das diese gemalt und gebastelt haben.

// Anders als im letzten Newsletter angekündigt konnte die **Fachgruppe Kunstprojekt** das Wochenprogramm in den Flüchtlingsunterkünften in Charlottenburg und Köpenick in vollem Umfang erhalten und sogar noch vielfältiger gestalten. Dank des Engagements alter und neuer Mitstreiter_innen gibt es neben den regulären Kunstnachmittagen in beiden Heimen nun auch **Gitarrenunterricht** in der Charlottenburger Unterkunft.

Die **Kinder** haben auf das zusätzliche musikalische Angebot **mit großem Interesse reagiert**. Der Gitarrenunterricht ersetzt den wöchentlichen Fußballtreff, der momentan wegen des Winterwetters nicht stattfinden kann.

Darüber hinaus hat die Fachgruppe begonnen, **Wochenendausflüge** zu organisieren, was die Kinder ebenfalls mit Begeisterung aufgenommen haben. Der erste Ausflug führte die Kinder ins **Musikinstrumenten-Museum**. Dort lernten sie die Instrumente nicht nur kennen, sondern durften diese auch gleich ausprobieren und manche sogar selbst bauen. Die Fachgruppe plant, solche Ausflüge etwa alle sechs Wochen anzubieten.

// In den letzten Wochen hat sich in der Fachgruppe **Psychosoziale Beratung (PSB)** einiges getan. Viele Beratende haben wegen Lohnarbeit und anderen Verpflichtungen weniger Zeit als zuvor. Darum hat die Fachgruppe gleich

neun neue Mitarbeiter_innen aufgenommen. Nun stehen viele neue Ideen im Raum.

Nach wie vor bietet die PSB als **niedrigschwelliges Angebot zur ersten Kontaktaufnahme** eine offene Beratung an. Sie bietet einen Rahmen, in dem der_die Berater_in zusammen mit dem_der Klienten_in überlegt, welcher Beratungsbedarf vorliegt.

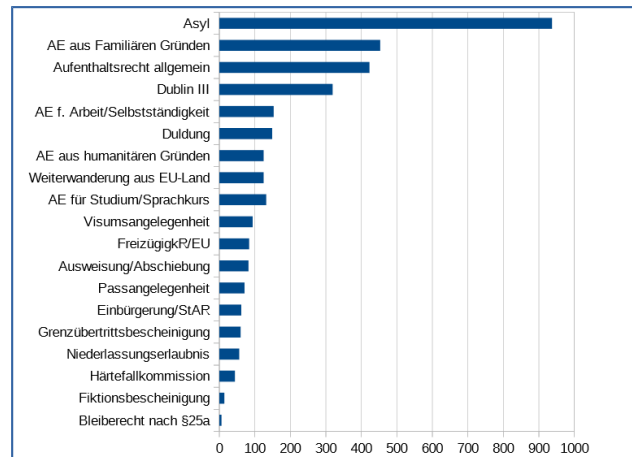
Danach wird entweder gemeinsam nach einer passenden Anlaufstelle gesucht oder die Fachgruppe übernimmt selbst die weiterführende Beratung. Darüber hinaus finden psychosoziale Beratungen auf Anfrage statt. Dauer und Inhalte der Beratungen sind sehr unterschiedlich und orientieren sich am jeweiligen Bedarf.

Die Fachgruppe hat **freie Kapazitäten** und freut sich, wenn sich Ratsuchende an sie wenden!

// Die **Fachgruppe Beratung** schreibt: **Im Jahr 2015** fanden insgesamt 2482 Beratungsgespräche statt – **eine Steigerung** gegenüber dem Vorjahr **um elf Prozent**, die auch auf großes ehrenamtliches Engagement zurückgeht.

Das Beratungsangebot der KuB nehmen **hauptsächlich Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus** in Anspruch. Fragen zum Asylrecht, zu Dublin III, zu Duldung, zum subsidiären Schutz, zur Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen sowie zum Härtefallverfahren nehmen in der Beratung einen großen

Platz ein (siehe auch die Fallbeispiele im letzten Newsletter: [S. 5, 4/2015](#)).



Themen der offenen Rechtsberatung

2015 kamen aufgrund des **Bürgerkrieges in Syrien** sehr viele Geflüchtete aus dieser Region in die KuB. Viele von ihnen mussten aufgrund des europäischen Grenzregimes Familienangehörige in Syrien zurücklassen und erkundigten sich daher nach den Möglichkeiten einer Familienzusammenführung. Dieses Thema wird sich 2016 angesichts des sogenannten Asylpaketes II weiter verschärfen.

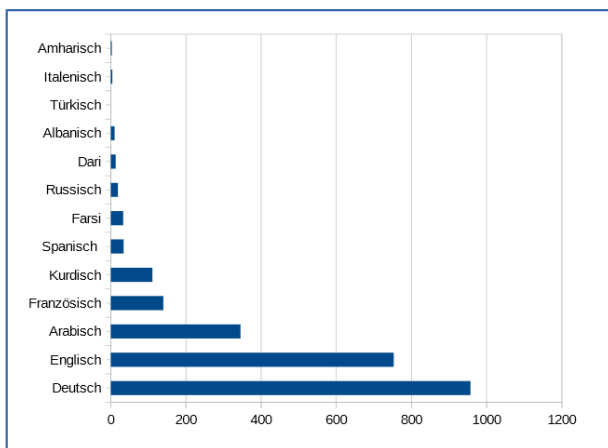
Die sogenannte „Flüchtlingskrise“ ist mit **„Verwaltungs- und Politikkrise“** treffender benannt. Ihre Auswirkungen machen sich im Beratungsalltag der KuB stark bemerkbar: fehlende Unterbringung und Versorgung der Schutzsuchenden, tagelanges Anstehen zur Registrierung als Asylsuchende_r sowie viele Gesetzesänderungen (meist Verschärfungen),

welche die Beratung vor große Herausforderungen stellen.

Seit dem Sommer 2015 ist die Anzahl „**unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge**“ (umF) merklich gestiegen. Sie suchen die KuB teils gemeinsam mit Sozialarbeiter_innen oder Ehrenamtlichen, teils auch alleine auf.

Die Inobhutnahme dieser Kinder und Jugendlichen **funktioniert nicht mehr** wie vorgesehen: Neu eingereiste umFs müssen oft mehrere Monate warten. Daher gibt es einen erhöhten Bedarf nach rechtlicher Orientierung und Unterstützung.

Mehr über die Themen, Leitlinien und Ziele der Beratung sowie über die Zusammensetzung und Qualifizierung des Teams findet sich im aktuellen [Jahresbericht 2015](#) der KuB.



Sprachen, in denen Beratungen stattfanden

// Hinweise:

Die KuB hat eine Seite bei Facebook. [Schau mal rein!](#)

Für eine unabhängige und umfassende Unterstützungsarbeit ist die KuB auf Spenden angewiesen. Wir freuen uns deshalb über kleinere und größere **Spenden** auf folgendes Konto:

GLS-Bank
IBAN: DE70430609671150405202
BIC: GENODEM1GLS

Auf unserer Webseite gibt es darüber hinaus die Möglichkeit, [direkt online](#) zu spenden.

Wer uns fortlaufend unterstützen möchte, kann **Fördermitglied** werden. Bitte hierzu einfach anrufen, eine E-Mail schreiben oder auf unserer Homepage die [Beitrittserklärung](#) herunterladen und an die KuB schicken.

// Termine:

Anmeldung für die Deutschkurse: Fällt im März aus, da wegen des Semesterendes ein Einstieg in bestehende Kurse nicht mehr sinnvoll ist.

Für das **neue Semester im April jeweils mittwochs ab 15:30 Uhr**: am 6. April für Alphabetisierungs- und Anfänger_innen-Kurse, am 13. und 20. April für die höheren Niveaustufen. **Ab Mai** wieder am ersten Mittwoch im Monat ab 15.30 Uhr.

17. März, 20. April, 18. Mai: **Küfa** (Küche für alle) der KuB in der B-Lage (Mareschstr. 1), jeweils am dritten Mittwoch im Monat

> Der **Newsletter** kann über die Homepage der KuB abonniert werden. Für Feedback und Fragen: a.froidevaux@kub-berlin.org

Angesichts der Situation der Geflüchteten in unserer Stadt: Offener Brief der ehrenamtlichen Berliner Unterstützergruppen

Berlin, 10. Februar 2016

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, sehr geehrte VolksvertreterInnen und MitarbeiterInnen des Landes Berlin,

zur Zeit engagieren sich Tausende von Menschen aller Altersgruppen, aller Lebenssituationen und aller Religionen ehrenamtlich für ein nachbarschaftliches Miteinander von bereits länger hier lebenden und neu ankommenden geflüchteten Menschen. Wir übernehmen unentgeltlich grundlegende staatliche Versorgungs- und Beratungsaufgaben.

Als Ehrenamtliche können wir jedoch bestenfalls kurzfristige Notsituationen lindern, nicht aber fehlende staatliche Strukturen ersetzen und rechtswidrige Missstände ausgleichen. Noch immer werden Geflüchtete obdachlos, erhalten nicht die ihnen gesetzlich zustehenden Leistungen und sind auf ehrenamtliche medizinische Versorgung angewiesen.

Wir haben in den vergangenen Wochen enormes Wissen angesammelt, mit dem wir helfen könnten, die Menschen aus den Hallen in unsere Gesellschaft zu holen. Stattdessen

müssen wir viel Zeit darauf verwenden, staatliches Versagen zu kompensieren.

Wir fordern Sie auf: Sorgen Sie dafür, dass die staatlichen Aufgaben erfüllt werden. Suchen Sie trotz Wahlkampf über Partei-, Bezirks- und Zuständigkeitsgrenzen hinweg nach Lösungen. Nutzen Sie die Chance, mit Geflüchteten und Ehrenamtlichen Kooperationen einzugehen. Wir wollen helfen, Brücken zu bauen – und nicht Betten.

Dazu ist notwendig:

Unterkünfte

Die Mindeststandards in den Gemeinschaftsunterkünften sind verbindlich einzuhalten. Eingeschränkte Standards in den Notunterkünften sind höchstens als absolute Notlösung für wenige Tage akzeptabel.

Dort braucht es Privatsphäre, geschlechtergetrennte Sanitär- und Duschanlagen, Sozialräume, Schließfächer, Waschmaschinen, Kühlschränke, Internetzugang.

Unterkünfte, in denen diese Mindestbedingungen nicht eingehalten werden können, wie zum Beispiel die Tempelhofer Hangars, müssen geschlossen werden bzw. dürfen gar nicht erst eingerichtet werden.

Die medizinische und psychosoziale Versorgung auch von nicht registrierten BewohnerInnen muss sichergestellt werden. Die Chipkarte

muss umgehend an alle AsylbewerberInnen ausgegeben werden.

Um Missbrauch durch Betreiber vorzubeugen, müssen die mit ihnen vereinbarten Vertragsbedingungen veröffentlicht werden. Es ist zu kontrollieren und sicherzustellen, dass die vereinbarten Standards in allen Einrichtungen – auch in jenen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – eingehalten werden.



Behörden

Die skandalösen Wartebedingungen beim LaGeSo sind umgehend zu beseitigen. Menschen dürfen nicht gezwungen sein, sich nächstelang vor einer deutschen Behörde anzustellen, um die ihnen gesetzlich zustehenden Leistungen und Informationen zu erhalten.

Kein Mensch darf in die Obdachlosigkeit geschickt werden! Kein Mensch darf hungern, weil Sozialleistungen nicht ausgezahlt werden!

Eine 24 Stunden am Tag geöffnete Anlaufstelle vor dem LaGeSo muss eingerichtet wer-

den. Es muss gewährleistet werden, dass das LaGeSo für Geflüchtete, SozialarbeiterInnen, Ehrenamtliche und BetreiberInnen, insbesondere für Notfälle, auch kurzfristig erreichbar ist.

Damit die öffentlichen Stellen handlungsfähig werden, müssen alle bürokratischen Verfahren überprüft und Doppelstrukturen beseitigt werden. Behörden müssen finanziell und personell angemessen ausgestattet sein.

Das öffentliche Gesundheitswesen muss gestärkt werden mit dem Ziel, medizinische Erstversorgung und Impfungen zeitnah durchführen zu können.

Die MitarbeiterInnen der Sicherheitsdienste der Behörden und Unterkünfte müssen eine persönliche Kennzeichnung tragen, so dass Ausfälle und Übergriffe gegenüber Geflüchteten nachvollzogen und juristisch geahndet werden können.

Betreiber von Unterkünften, aber auch alle anderen RechnungsstellerInnen, müssen zeitnah bezahlt werden.

Kinder und Jugendliche

Das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Bildung muss ohne Rücksicht auf ihre Herkunft real gewährleistet werden. Es muss sichergestellt werden, dass sie umgehend in Kitas und Schulen aufgenommen werden.

Die unhaltbare Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge muss sofort verbessert

werden: Clearing-Gespräche und die Inobhutnahme durch das Jugendamt müssen zeitnah erfolgen und die Minderjährigen müssen die ihnen gesetzlich zustehenden Leistungen auch tatsächlich erhalten.

Wohnen

Statt geflüchtete Menschen in Massenunterkünften unterzubringen, müssen sofort Maßnahmen ergriffen werden, damit sie dauerhaft dezentral in normale Mietwohnungen oder allenfalls vorübergehend in abgeschlossene Wohneinheiten in Gemeinschaftsunterkünften ziehen können.

Neu geplante Gemeinschaftsunterkünfte sollten für maximal 50 BewohnerInnen je Standort konzipiert werden. Das Personal im LaGeSo, das Wohnungsangebote, Untermietverträge und Angebote für kleine Unterkünfte prüft, muss aufgestockt werden.

Viele private Vermieter können Menschen aus Massenunterkünften nicht aufnehmen, da ihre Angebote nicht in vertretbarer Zeit bearbeitet werden. Bezirke und Senat müssen gemeinsam zügig personelle Ressourcen mobilisieren, um bundes-, landes- oder bezirkseigene Immobilien daraufhin zu überprüfen, ob dort Wohnungen entstehen können.

Ferner muss umgehend geprüft werden, inwieweit zweckentfremdeter Wohnraum (z. B. Ferienwohnungsvermietung, Leerstand etc.)

dem Wohnungsmarkt wieder zur Verfügung gestellt werden kann.



Gemeinsames Spiel nach der Kunststunde

Bildung und berufliche Perspektiven

Sprachkurse sind für alle Asylsuchenden unabhängig von ihrer Herkunft direkt nach ihrer Ankunft zu gewährleisten. Es müssen ausreichend passgenaue Bildungsangebote für Menschen mit unterbrochenen Bildungsverläufen geschaffen werden.

ErzieherInnen und LehrerInnen brauchen zusätzliche KollegInnen, Räume, Schulungen und SprachmittlerInnen für Elterngespräche. Stadtteil- und Jugendzentren müssen finanziell und personell besser ausgestattet werden, um Begegnungen zu ermöglichen, ohne bestehende Angebote zu verdrängen.

Wir brauchen mehr Beratungsstellen, aufsuchende Sozialarbeit und Schulungen sowie Kapazitäten zur Koordination ehrenamtlicher Arbeit.

Es müssen flächendeckende Programme zur direkten Vermittlung zwischen Geflüchteten und ArbeitgeberInnen geschaffen werden.

Der Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete muss erleichtert werden: Bürokratische Hemmnisse beim Jobzugang müssen abgebaut und die Vorrangprüfung bei der Arbeitsplatzvergabe generell abgeschafft werden.

Täglich begegnen wir in den Unterkünften für Geflüchtete dieser Stadt Menschen, die dringend auf unsere Unterstützung angewiesen sind. Wir Ehrenamtlichen leisten unseren Beitrag gern.

Dieses Engagement kann jedoch nur dann wirkungsvoll sein, wenn Politik und Verwaltung ihre Aufgaben rechtskonform, verantwortungsvoll und effizient erfüllen. Unser Einsatz darf nicht als Feigenblatt missbraucht werden!

Mit freundlichen Grüßen

AG Flucht und Menschenrechte Treptow-Köpenick, Bündnis Neukölln, Bürgerinitiative Teilhabe (Spandau), Flüchtlingshilfe Britz, Flüchtlingsinitiative Klausenerplatz, Flüchtlingsrat Berlin e.V., Freiwillige im Rathaus Wilmersdorf, Hellersdorf Hilft, Initiative Deutschkurs in der Zwillie, Initiative Sprachkurs im faq, Johannisthal Hilft, Kiezhilfe Tempelhof, Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen (KuB) e.V., Kreuzberg Hilft, Kurdistan Kultur- und Hilfsverein (KKH) e.V., Medibüro Berlin – Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant*innen, Medizin hilft Flüchtlingen, Mit Herz für Flüchtlinge, Moabit Hilft, Multitude e.V., Offene Tür e.V., Pankow Hilft, Place4Refugees, Spandau Hilft Gerne, Unternehmerverbund International, Unterstützerkreis Rahnsdorf, Weltweit - Asyl in der Kirche e.V., Willkommen im Westend, Willkommen in Reinickendorf, Willkommen in Wilmersdorf, Willkommensinitiative Lichtenberg

Mehr als Erstversorgung

Das Projekt „Formulare verstehbar machen“ benötigt Spenden für die Weiterarbeit.

Hunderttausende Flüchtlinge haben hierzulande Schutz vor Krieg und Krisen gefunden. Die vielfältigen Probleme, mit denen die Ankommenden und ihre Helferinnen und Helfer konfrontiert sind, machen dieser Tage immer wieder Schlagzeilen.

Zum Glück kümmern sich viele Initiativen mit großem Engagement um die Erstversorgung der Flüchtlinge, doch allen ist klar: Damit ist es nicht getan!

Deutsch lernen dauert – Formulare warten nicht

Gerne wird über den aktuellen Ereignissen vergessen, dass Flüchtlinge nicht erst seit diesem Sommer ankommen und dass der Bedarf an Hilfe riesig ist – in allen Stadien ihres Aufenthalts. Deutschkurse stehen bei weitem nicht im benötigten Ausmaß zur Verfügung und werden zudem vielen Asylsuchenden verwehrt. Und auch wer Deutsch lernt, wird nicht über Nacht fähig sein, bundesdeutsche Amtsformulare zu verstehen.

Lebensunterhalt, Arbeitsmöglichkeiten, Wohnungssuche, Beschulung der Kinder, Teilhabe am kulturellen Leben – all das muss organisiert werden, was vielfach nicht ohne das

Ausfüllen von Anträgen und Formularen deutscher Ämter funktioniert. Eine riesige Hürde für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten ohne deutsche Sprachkenntnisse!



Kaum ein Formular ist in die wichtigsten Sprachen übersetzt, meist gibt es nur deutsche Fassungen. Auch Beratende stoßen schnell an die Grenzen ihrer Kapazitäten, wenn sie beim Ausfüllen helfen sollen. Es müssten jedes Mal Sprachkundige der jeweiligen Sprache dazu geholt werden, die sich auch im Übersetzen schwer verständlichen Verwaltungsdeutschs auskennen – ein schier nicht zu schaffender Aufwand.

Das „Formularprojekt“ übersetzt Formulare und veröffentlicht Ausfüllhilfen

Das Projekt "Formulare verstehbar machen" arbeitet daran, diesen Missstand zu ändern. Anträge und Behördenformulare werden von ehrenamtlich Übersetzenden in die wichtigsten Sprachen übersetzt und auf dem Projektblog als Ausfüllhilfen zur Verfügung gestellt. Das „Formularprojekt“ läuft in Trägerschaft der KuB.

Bisher bezieht das Übersetzungsprojekt keinerlei Gelder von irgendeiner Institution, sondern finanziert sich allein aus Spenden. Diese braucht es dringend, denn für die Organisation der kollaborativen Arbeit der Freiwilligen braucht es ein Mindestmaß an kontinuierlicher und professioneller Projektkoordination, die derzeit durch eine Teilzeitstelle gewährleistet wird.

Alle anderen Arbeiten rund ums Projekt werden ehrenamtlich geleistet. Der Finanzbedarf pro Quartal beträgt daher nur 2550,- (3 x 850,- für Minijob plus Büro & Verwaltungspauschale) – ein kleiner Betrag mit großer Wirkung!

Spendenaufruf

Damit die Arbeit weiter gehen kann, werden weitere Spenden benötigt. Mehr Formulare, regelmäßige Aktualisierungen, mehr Sprachen – jeder Betrag ist willkommen und kann sehr einfach über die bekannte Spendenplattform bei [Betterplace](https://www.betterplace.org/) gespendet werden. Alle Spenden sind steuerlich absetzbar!

Claudia Klinger

<http://www.kub-berlin.org/formularprojekt/>

<https://www.facebook.com/Formularprojekt/>